

Senat streitet um Rauchverbot

11.09.2008, 02:51

Gesundheit Senat streitet um Rauchverbot

Von Birgit Haas

In der Debatte um die Ausnahmeregelung des Rauchverbots in Berlin bleibt es weiter spannend. Heute will die Fraktion der Linken über eine einheitliche Linie der Partei entscheiden. Noch ist nicht klar, ob sich die Linken für eine Ausnahmeregelung in Bezug auf inhabergeführte Kneipen aussprechen werden, wie der Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linke) vorgeschlagen hatte. "Wir wollen ein möglichst weitreichendes Rauchverbot durchsetzen, vor allem um die Angestellten der Gastronomie zu schützen", sagte die Fraktionssprecherin der Linken, Kathi Seefeld.

Als Wolf vor zwei Tagen Kompromissbereitschaft signalisierte, beharrte die Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher (Linke) weiter auf einem totalen Rauchverbot. In einem gestrigen Gespräch zwischen Wolf und Lompscher sind sich die beiden Senatoren nach Angaben der Sprecherin Lompscher, Marie-Luise Dittmar entgegen gekommen. "Wenn viele nach einer Lösung suchen, dann wird es meistens ein Kompromiss". Sobald sich die Linken geeinigt haben, stehen die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner an.

Verhandlungen um jedes Detail

Schon am Montag hatte die SPD bekannt gegeben, dass sie die Ausnahme-Kriterien, die vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in einer Grundsatzentscheidung Ende Juli zugelassen wurden, übernehmen will. Demnach darf in Kneipen, die nicht größer als 75 Quadratmeter sind, keine zubereiteten Speisen verkaufen und als Raucherbetriebe gekennzeichnet sind, geraucht werden. Betreten werden dürfen die Rauchereinrichtungen erst ab 18 Jahren. "Mit dieser Haltung wird eine Einigung mit der SPD schwierig", sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Linken, Wolfgang Albers. Jede neue Regel würde für mehr Verwirrung sorgen, bestimmte Begriffe müssten bis ins kleinste Detail mit dem Koalitionspartner definiert und ausgehandelt werden. "Die Kontrollen der Einhaltung wären viel zu umfangreich, Einraumgastronomien müssten beispielsweise ausgemessen werden", sagte Albers.

Johannes Spatz, Sprecher des "Forums Rauchfrei" kritisiert den möglichen Kompromiss für inhabergeführte Gastronomien: "Jeder Wirt muss sich mal ausspannen und im Falle einer Krankheit für Vertretung sorgen".

Bislang sind sich SPD und Linke nur in einem Punkt einig: Die neue Regelung zum blauen Dunst soll bis März oder April 2009 Gesetz werden. "Eine Diskussion, wie sie vor der Einführung des Nichtrauchergesetzes stattgefunden hat, darf sich nicht wiederholen", sagte Albers.